

AKTUELLES

UN-Behindertenrechtskonvention

## SoVD fordert Aktionsplan



Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung sollen miteinander lernen.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. fordert von der Landesregierung einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Damit unterstützt er einen aktuellen Entschließungsantrag der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. „Die Landesregierung ist nun gefordert. Wir brauchen einen Aktionsplan, um die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen im Interesse der Menschen mit Behinderung auch in Niedersachsen umzusetzen“, sagt der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. Diese Forderung hatte der SoVD bereits anlässlich seiner Fachtagung im Mai 2010 formuliert. „Das von der

UN festgeschriebene Ziel der Inklusion in allen Lebensbereichen kann nur erreicht werden, wenn die Politik nun rasch handelt und auch die Verbände beteiligt“, fordert Bauer. Die Landesregierung trage dafür die Verantwortung und habe die Organisationen behinderter Menschen und weitere Akteure im Land intensiv in den Prozess einzubinden. „Die Änderung des niedersächsischen Schulgesetzes und die Festschreibung des Vorrangs gemeinsamen Lernens sowie die Herstellung der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen sind entscheidende Voraussetzungen auf dem Weg zu einer wirklichen Teilhabe behinderter Menschen“, betont Bauer abschließend.

Anhörung zum Heimgesetz im Landtag

## Ein-Bett-Zimmer als Standard

Die niedersächsische Landesregierung hat den Entwurf für ein Niedersächsisches Heimgesetz in den Landtag eingebracht. In einer Anhörung konnte der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer die Positionen des Verbandes zum Gesetzesentwurf deutlich machen. Dabei stand unter anderem die Forderung nach Ein-Bett-Zimmern im Mittelpunkt. „Für den Schutz der Privatsphäre ist es unerlässlich, dass die Heimbewohnerin oder der Heimbewohner sich in seine eigenen Räumlichkeiten zurückziehen kann. Deshalb müssen Einzelzimmer Standard werden. Ausnahmen darf es nur geben, wenn die oder der Betroffene dies ausdrücklich wünscht“, erläuterte Bauer bei der Anhörung im Niedersächsischen Landtag. Eine zeitliche Vorgabe solle festlegen, bis wann eine Einrichtung einen bestimmten Anteil an Einzelzimmern vorhalten muss. „Die räumlichen Gegebenheiten in einem Heim sind eine wichtige Voraussetzung für ein möglichst selbstbestimmtes Leben“, stellte er weiterhin fest. Auch das Thema der unangemeldeten Kontrollen durch die Heimaufsicht sprach der Landesvorsitzende an: „In Nieder-

sachsen sollten Prüfungen ohne vorherige Anmeldung zur Regel werden. Nur so kann die Heimaufsicht einen ungehinderten Einblick in die Situation vor Ort und die internen Belange des Heimes erhalten. Deshalb sollte die Landesregierung dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und angemeldete Kontrollen abschaffen.“ Außerdem forderte Bauer, dass die Fachkraftquote erhalten bleibe. „Die bisherige Fachkraftquote von 50 Prozent in den niedersächsischen Heimen muss erhalten bleiben. Nur so kann der personelle Mindeststandard auch zukünftig gesichert werden“, sagte Bauer. Insgesamt werde das geplante Gesetz dem Schutz von Heimbewohnern zwar gerecht, allerdings bleibe es auch hinter den Erwartungen an ein Schutzgesetz zurück, das den veränderten Anforderungen entspricht. „Zentrale Fragen wie die Fachkraftquote oder die räumliche Gestaltung sind nicht im Entwurf enthalten, sondern werden in späteren Rechtsverordnungen geregelt. Die wichtigsten Eckpunkte sind jedoch im Heimgesetz festzulegen. Insofern muss der Gesetzgeber jetzt nachbessern“, forderte Bauer.



AKTUELLES

### Bauer: „Sparpaket ist eigentlich Kürzungspaket.“

SOZIALES

### SoVD im Gespräch mit Landtagsabgeordnetem

KREISVERBÄNDE

### Kreisverbände in Niedersachsen wählen Vorstände

## Sozialministerin Özkan hält Festrede / SoVD schaut Politik auf die Finger

### „Sparpaket ist in Wirklichkeit ein Kürzungspaket“

Mit einer offiziellen Veranstaltung beging der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. seine Vereinsgründung auf Landesebene. Neben Sozialministerin Aygül Özkan machte auch der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer seine sozialpolitischen Positionen deutlich.

„Das geplante Sparpaket der Bundesregierung von mehr als 80 Milliarden Euro bis zum Jahr 2014 ist in Wirklichkeit ein Kürzungspaket. Es ist sozial unausgewogen und ungerecht“, betonte Bauer in diesem Zusammenhang. Ein Umsteuern forderte Bauer aber auch von der niedersächsischen Landesregierung bei den Streichungen im Sozialetat: „In der Behindertenhilfe ste-

hen 30 Millionen Euro zur Disposition. Das kommt einem wahren Streichkonzert gleich. Wir fordern von der Landesregierung ein sofortiges Umsteuern, denn die Situation von behinderten Menschen in Niedersachsen wird immer schlechter.“ Bauer warnte die Landesregierung auch davor, die Versorgungsverwaltung in Niedersachsen an die Kommunen zu übertragen. Dann würde jede Gemeinde eigenständig Anträge auf die Feststellung einer Schwerbehinderung und auch die Kriegsopferfürsorge bearbeiten. Eine landeseinheitliche Regelung gebe es für die Betroffenen in diesem Fall nicht mehr. Ministerin Aygül Özkan betonte in ihrer Festrede, dass Kür-

zungen bei den freiwilligen sozialen Leistungen des Landes in Höhe von 62 Millionen Euro jährlich für sie tabu gewesen seien. Özkan: „Wir hätten ansonsten Strukturen zum Beispiel in der Jugendarbeit, den Werkstätten für arbeitslose Jugendliche, den Frauenhäusern, beim Kinderschutz, in der Drogenberatung und bei der AIDS-Hilfe zerschlagen. Wir kürzen auch nicht bei der Eingliederungshilfe und bei den Behinderten, ebenso wenig bei den Personal- und Sachkosten. Wir setzen lediglich eine zwei-prozentige Erhöhung bei der Personal- und Sachkostenerstattung der Träger von Behinderteneinrichtungen aus.“ Im Hinblick auf die Debatte über die Kommunalisierung

der Versorgungsverwaltung sagte Özkan, dass derzeit lediglich geprüft werde, ob bestimmte Aufgaben des Landes auf die Kommunen übertragen werden könnten. Abschließend entschieden sei dabei jedoch noch nichts. In ihrer Rede sprach die CDU-Politikerin auch sogenannte regionale Gesundheitszentren an. Bislang habe man Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen als eigenständige Angebote betrachtet, die überall vorhanden sein müssen. Mit den Gesundheitszentren könne auch älteren Menschen zukünftig eine wohnortnahe Versorgung geboten werden. Ein entsprechendes Modellprojekt werde demnächst gestartet.



Aygül Özkan



Adolf Bauer

Liebe Mitglieder,

wir in Niedersachsen haben eine recht lange und arbeitsreiche Strecke hinter uns, die uns letztlich zum angestrebten Ziel führte: Der SoVD-Landesverband ist zum eingetragenen Verein geworden. Dies ist ohne Frage ein weiterer Meilenstein in der Erfolgsgeschichte unseres Verbandes, der als Verband für Kriegsoffer und -hinterbliebene startete und mittlerweile zum größten Sozialverband in Niedersachsen wurde - für alle Menschen, denen die soziale Gerechtigkeit am Herzen liegt. Die politische Handlung im Lande kommen nun endgültig nicht mehr an uns vorbei, wir können ihnen selbstbewusster denn je entgegenreten. Der kritische Meinungsaustausch mit der niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan ist ein weiterer Beleg dafür. Doch zu verdanken haben wir das vor allem Ihnen, liebe Mitglieder und liebe Ehrenamtliche. Darum danken wir Ihnen ganz herzlich für Ihre Treue und insbesondere für Ihr enormes Engagement auf dem Weg zum eingetragenen Verein. Unzählige Kilometer haben Sie zurückgelegt, um die notwendigen Zustimmungserklärungen zum „e.V.“ einzuholen. So wurde der Weg endgültig geebnet. Dafür dürfen der SoVD-Landesvorstand und die Landesgeschäftsführung allen Aktiven noch einmal ihre Hochachtung und Anerkennung aussprechen.

Ihr Dirk Swinke